

Sitzung vom 28. Juli 1999

**1427. Dringliche Anfrage (Schulung von Flüchtlingskindern)**

Kantonsrätin Bettina Volland, Zürich, Kantonsrat Mario Fehr, Adliswil, und Mitunterzeichnende haben am 21. Juni 1999 folgende Anfrage eingereicht:

Der Unterricht von fremdsprachigen Kindern stellt für die Lehrkräfte eine grosse Herausforderung dar, welcher bereits heute mit verschiedenen Massnahmen begegnet wird. Die Aufnahme von Kindern aus einem Kriegsgebiet wird im Unterricht zusätzliche Probleme qualitativer und quantitativer Art bringen.

Wir fragen den Regierungsrat an:

1. Ist die Regierung bereit, in Zusammenarbeit mit dem Bund, den Asylkoordinationsstellen und den Hilfswerken mobile pädagogische Teams auf die Beine zu stellen, welche die Schulbehörden bei der Bewältigung der Zusatzaufgaben unterstützen, die mit der Aufnahme einer erheblichen Zahl zusätzlicher Kinder von Flüchtlingsfamilien aus dem Kosovo entstehen?
2. Ist die Regierung bereit, dafür Lehrkräfte und weitere Personen mit pädagogischen Fähigkeiten aus dem Kulturkreis der Flüchtlinge zur Mitarbeit heranzuziehen?

Der Kantonsrat hat die Anfrage am 21. Juni 1999 dringlich erklärt.

Auf Antrag der Bildungsdirektion  
beschliesst der Regierungsrat:

I. Die dringlich erklärte Anfrage Bettina Volland, Zürich, Mario Fehr, Adliswil, und Mitunterzeichnende wird wie folgt beantwortet:

Die Schulung von Kindern, die um Asyl nachsuchen, ist eine Aufgabe, mit der sich die Volksschule seit Jahren befasst. Seit anfangs der Neunzigerjahre besteht ein Konzept, das von der «Behördendelegation im Asylwesen» am 11. Juni 1992 gutgeheissen wurde und das in Richtlinien der Bildungsdirektion vom 20. April 1999 festgelegt ist. Das Konzept sieht vor, diese Kinder in die üblichen Strukturen für fremdsprachige Kinder in den Gemeinden (Sonderklassen E oder Regelklassen mit zusätzlichem intensivem Deutschunterricht für Fremdsprachige) aufzunehmen, wo dies möglich ist. Wo die Belastung der Schulen in einer Gemeinde unverhältnismässig gross würde, werden in Durchgangszentren für Asylsuchende zentrumsinterne Sonderklassen E geführt. Das Konzept hat sich als tragfähig erwiesen, um bis rund 600 schulpflichtige Asylsuchende pro Jahr im Kanton aufzunehmen.

Seit Juni 1999 ist nochmals ein starker Anstieg der Zahlen neu einreisender Flüchtlinge aus dem Kosovo zu verzeichnen. Allein im Monat Juni 1999 mussten im Kanton zehn neue Zentren und provisorische Unterkünfte mit je 80–100 Personen, davon jeweils 10–20 Schulkinder, eröffnet werden.

Vor dem Hintergrund parlamentarischer Vorstösse in verschiedenen Kantonen und mit dem Ziel einer gemeinsamen Position hat die kantonale Erziehungsdirektorenkonferenz mit Beschluss vom 8. Juli 1999 zur Frage der Schulung albanischsprachiger Flüchtlingskinder und -jugendlicher aus dem Kosovo Stellung genommen. Sie hält dabei fest, dass die Rückkehrfähigkeit mit entsprechenden Massnahmen sichergestellt werden muss. Bezogen auf das Bildungswesen heisst dies, dass die EDK-Empfehlungen zur Schulung der fremdsprachigen Kinder vom 24./25. Oktober 1991, welche für ordentliche Situationen gedacht sind, nur beschränkt für die Bewältigung der ausserordentlichen Situation herangezogen werden können. Eine rasche und vollständige Integration der Flüchtlingskinder und -jugendlichen aus Kosovo in unser Bildungssystem ist daher im Regelfall nicht begründet. Der Regierungsrat teilt diese Beurteilung und wird für diese Bevölkerungsgruppe insoweit vom erwähnten kantonalen Konzept abweichen.

In dieser Situation ist in erster Priorität für die Kinder in neu eröffneten Unterkünften ein rasch und einfach organisierbares Schulangebot in Zusammenarbeit mit der kantonalen Asylfürsorge einzurichten. Als erster Schritt ist ein vorläufiges Schulprogramm geplant, das den Kindern einen täglichen Unterricht anbietet. Dabei sollen Schulstunden teils in albanischer Sprache und teils in deutscher Sprache stattfinden. Das Programm soll dazu beitragen, dass sich die Kinder in eine kindgemässe Tagesstruktur eingebunden fühlen und sich mit Lernen beschäftigen. Nach Ansicht von Fachleuten hilft dies kriegsbelasteten Kindern

am besten, Sicherheit und Vertrauen zurückzugewinnen. Die Kinder sollen die Zeit ihres Aufenthalts in der Schweiz zum Lernen nützen können.

Um solche provisorischen Schulstrukturen rasch aufzubauen, hat sich die Bildungsdirektion entschlossen, ein mobiles Team einzusetzen, wie es auch in der Anfrage angeregt wird. Das Team besteht aus deutsch- und albanischsprachigen Lehrpersonen, die in der Schulung von Flüchtlingskindern Erfahrung haben. Es soll den Asyl-Zentren und den betroffenen Gemeinden helfen, die nötigen Lehrpersonen zu finden und vorzubereiten sowie die Räume zu organisieren und mit dem nötigsten Material einzurichten. Dieses Team hat die Arbeit Ende Juni 1999 aufgenommen.

Die Schulen in den Gemeinden stehen derzeit in der Regel nicht vor der Aufgabe, die seit Juni 1999 in grosser Zahl neu einreisenden Flüchtlingskinder zu schulen, da diese vorläufig mit besonderen Programmen geschult werden. Jedoch haben es die Schulgemeinden mit Flüchtlingskindern zu tun, die letztes Jahr und anfangs dieses Jahres eingereist sind und nun aus den Durchgangszentren in die Gemeinden umplatziert werden. Es sind dies Kinder, die in den Zentren schon eine erste Einschulung erfahren haben, die jedoch immer noch besondere schulische Unterstützung brauchen (in Sonderklassen E oder durch Deutschunterricht für Fremdsprachige). Schulgemeinden, die in dieser Situation Beratung brauchen, können sich an die Abteilung Interkulturelle Pädagogik des Volksschulamtes wenden.

Die erwähnten ausserordentlichen Schulmassnahmen werden in Zusammenarbeit mit albanischsprachigen Lehrpersonen durchgeführt. Die Bildungsdirektion pflegt die Zusammenarbeit mit dem albanischen Lehrer- und Elternverband «Naim Frasheri» seit Längerem. Dieser Verband ist als Träger der fakultativen albanischsprachigen Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur vom Erziehungsrat anerkannt. Erste Erfahrungen einer Zusammenarbeit in der Aufnahme von albanischsprachigen Flüchtlingskindern liegen aus einem Versuch mit «Sonderklassen E plus» in der Stadt Zürich vor, die durch je eine deutsch- und albanischsprachige Lehrperson geführt werden. Letztere können viel dazu beitragen, mit den Kindern Fluchterfahrungen zu verarbeiten, sie mit der schweizerischen Umgebung bekannt zu machen und sie auch auf die Rückkehr hin zu orientieren.

Die Lehrpersonen für den albanischsprachigen Unterricht in den neu aufzubauenden provisorischen Programmen werden in Zusammenarbeit mit dem albanischen Lehrer- und Elternverband rekrutiert. Es sollen Lehrpersonen engagiert werden, die kooperationsfähig sind und auch die deutsche Sprache kennen. Im mobilen Beratungsteam wird mindestens eine Verbindungsperson zur albanischsprachigen Gemeinschaft mitarbeiten. Die Bereitschaft der albanischsprachigen Seite zur Mitarbeit bei der Lösung dieser Schulfragen ist gross.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion.

Vor dem Regierungsrat  
Der Staatsschreiber:  
i.V. **Hirschi**